

Bundeskriminalamt
Thaerstraße 11
65173 Wiesbaden

2. November 2020

Ihr Zeichen: DS-IFG - 2019-0018760378

Sehr geehrte Damen und Herren,

Gegen Ihren Bescheid vom 14. Oktober 2020 mit dem Zeichen DS-IFG - 2019-0018760378 lege ich Widerspruch ein.

Die Schwärzungen sind zu weitreichend, die Ausschlussgründe sind zu weitgehend ausgelegt. Ich verweise erneut auf unseren vorigen Rechtsstreit vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden und das Urteil vom 4. September 2015 mit dem Aktenzeichen 6 K 687/15.WI:
<https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/LARE190035030>.

Es ist weder ersichtlich noch vorgetragen, warum das BKA jetzt Informationen schwärzt, die es nach dem Urteil herausgegeben hat. Überhaupt nicht nachvollziehbar ist, warum das BKA jetzt Informationen schwärzt, die es schon vor dem Gerichtsverfahren freiwillig herausgegeben hat. Das BKA hat sich daran zu orientieren, welche vergleichbaren Informationen es in der Vergangenheit freiwillig oder nach dem Urteil des VG herausgegeben hat. Sämtliche Informationen, die im Vertrag ungeschwärzt waren, müssen auch im Ergänzungsvertrag ungeschwärzt sein. Das betrifft u.a. Daten wie Datum, Vertragsnummer, Pauschalpreis, Auftragnehmer und Anlagen.

Insbesondere die Schwärzung des Auftragnehmers ist zudem unsinnig. Die Elaman GmbH steht nicht nur im Ausgangs-Vertrag, sondern neben dem IFG-Antrag auch in ihrem Bescheid als „der Betroffene Elaman GmbH“.

Der Gebührenberechnung widerspreche ich ebenfalls, soweit das BKA Gebühren für Handlungen erheben will, die es nach dem IFG nicht hätte durchführen dürfen. Da der Vertrag ohne die unnötigen Schwärzungen hätte herausgegeben werden müssen, entfällt der entsprechende Betrag. Es hat außerdem keine Prüfung auf Erlass der Gebühren stattgefunden, der in diesem Fall aufgrund des hohen öffentlichen Interesses an dem Thema angezeigt ist.

Mit freundlichen Grüßen

Andre Meister

netzpolitik.org e. V.
Schönhauser Allee 6/7
10119 Berlin

T: +49 30 92 10 59 88
kontakt@netzpolitik.org
netzpolitik.org

Vereinsitz:
Berlin

Registernummer:
VR 32395 B

Registergericht:
AG Charlottenburg, Berlin

Vorsitzender:
Markus Beckedahl

Steuernummer:
27/673/54182
Finanzamt für
Körperschaften I

USt-IdNr.:
DE 316038383

Bankverbindung:
netzpolitik.org e.V.
DE62 4306 0967 1149 2784
00
GENODEM1GLSt